

Redaktion 21366 - Geschäftsjahre 15018
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, H. 16, Holbeinstr. 46

Sächsisch Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich inkl. Post und Abgabe 12.75 M., halbjährlich 24.00 M., jährlich 46.50 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nach. - Druckstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Abgabe: Annahme des Geschäftsbezuges bis 10 Uhr, von Familienangehörigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeitungsbelegblätter 1.40 M., im Restanteil 3.50 M., Familienangehörigen 1.80 M. - Für unentgeltlich gedruckte, sowie durch Fernsprecher aufgetragene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Die deutschen Gegenworschläge

Ein heißes diplomatisches Ringen hat sich zuguterletzt noch um die Form und den Inhalt der neuen deutschen Vorschläge entsponnen. Nachdem die amerikanische Regierung sich, allerdings unter bestimmten Voraussetzungen, zur Vermittlung von „geeigneten“ Vorschlägen an die Entente bereit erklärt hatte, suchte sie, um nicht eine Harding'sche Aktion von vornherein der Gefahr des Scheiterns auszuweichen, diese Vorschläge inhaltlich so zu formulieren, daß eine Ablehnung durch die Entente nicht gut hätte verantwortet werden können. Während wir also demgemäß auf der einen Seite durch Amerika den Faden für die Wiederaufnahme von Verhandlungen wieder knüpfen, mühten wir andererseits diesen Faden recht schwer mit Zugeländnissen belasten. Unsere Position war damit, rein äußerlich betrachtet, zweifellos nicht erleichtert. Immerhin hatten wir andererseits doch wieder bestimmte positive Vorteile, die zunächst allerdings lediglich verhandlungstechnisch zu betrachten sind. Nach der Stimmung auf Seiten der Entente hätte man wohl damit rechnen müssen, daß Vorschläge, die ihr direkt unterbreitet, aber von ihr nicht als genügend angesehen worden wären, eine Zurückweisung erfahren hätten, und es damit zu einem Bruche gekommen wäre, den die französischen Militaristen und Imperialisten geradezu ersehnen. Schreien sie doch jetzt schon wieder in ihrer Presse, daß auch für den Fall, daß es zu einer Einigung mit Deutschland käme, die Befestigung des Ruhrgebietes und auch die Blockade Hamburgs erfolgen müsse, und zwar solange, bis die Garantien für die übernommenen Verpflichtungen fest verankert sind. Die Sicherheit, daß Deutschland das tue, sei einzig und allein in der Befestigung des Ruhrgebietes gegeben. Die Okkupation des Ruhrgebietes würde auch nicht eher aufgegeben werden, als bis die Restsumme an den am 1. Mai fälligen 20 Milliarden, die von der Entente mit 12 Milliarden berechnet wird, abgetragen sei. Mit Rücksicht auf alle diese Momente hat Amerika der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge bezüglich der Wiedergutmachung des Antriebens gemacht. Amerika hat sowohl an der Form, wie auch an dem Inhalt dieser Vorschläge Ausstellungen gemacht, die zum Teil recht entscheidender Natur sind. Vor allem hat das Angebot von 50 Goldmarken Gegenwert wieder zu Mißverständnissen geführt, und man will klar wissen, welche Endsumme Deutschland zu zahlen sich verpflichtet. Man wird dabei der Pariser Forderung von 226 Milliarden haarscharf nahe kommen! Auch über die Bürgschaften, die Deutschland für die Anleihe sowohl, wie für die sonstigen Abtragungen geben will, mühten klarere Formulierungen getroffen werden. Man muß sich bei der ungeheuerlichen Größe des Objectes darauf gefaßt machen, daß nicht nur Eigentum des Reiches, sondern auch Eigentum der Staaten zu dieser Sicherheitsleistung die Grundlage bieten muß.

Der deutsche Vorschlag zur Wiedergutmachung

Berlin, 26. April. Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. Mts. folgende Note übergeben worden:

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat in ihrem Memorandum vom 22. d. Mts. in bankenwertiger Weise die Möglichkeit eröffnet, nochmals auf dem Wege von Verhandlungen das Reparationsproblem zu lösen, bevor es durch Zwangsmaßnahmen unlösbar gemacht wird. Die deutsche Regierung würdigt diesen Schritt der amerikanischen Regierung nach seiner ganzen Bedeutung. Sie hat sich bemüht, in den nachstehenden Vorschlägen

das Neueste anzubieten, was nach ihrer Ueberzeugung die deutsche Wirtschaft selbst bei günstigster Entwicklung aufzubringen vermag. Sie lautet folgendermaßen:

1. Deutschland erklärt sich bereit, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwertig anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annuitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepasst sind, zum Gesamtbeitrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren.
2. Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf, deren Höhe, Zinssatz und Amortisationsquote zu vereinbaren wären. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen und ihre weitgehende Vergünstigungen gewähren, sie auch mit solchen Unterlagen ausstatten, daß ein möglichst großes Auskommen erwartet werden kann. Der Betrag dieser Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt.
3. Den Betrag, der zu zahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich.
4. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Die Amortisation der Restsumme wäre zu diesem

Zweck variabel zu bezeichnen. Zur Falle der Besserung für die ein Indeschema festzustellen wäre, würde sie steigen, im Falle der Verschlechterung entsprechend sinken.

5. Um die Restsumme möglichst rasch abzulösen, will Deutschland sich mit aller Kraft am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Es hält den Wiederaufbau für die dringendste Aufgabe der Reparation, weil damit am unmittelbarsten Kriegselend und Völkerhag gemildert wird. Deutschland erachtet sich, dem Wiederaufbau bestimmter Dörfer und Städte selbst zu übernehmen, oder auf jede andere den Alliierten erwünschte Weise mit seiner Arbeit, seinen Materialien, und seinen Hilfsmitteln am Wiederaufbau mitzuwirken. Die Kosten seiner Leistungen würde es selbst zu tragen haben. (Näheres ist hierüber in der deutschen Wiederaufbauakte an die Reparationskommission gesagt.)

6. Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, über den Wiederaufbau hinaus nach einem möglichst rein humanitären Verfahren Sachleistungen auf die geschädigten Staaten zu übernehmen.

7. Um den unverkennbaren Beweis seines guten Willens zu geben, ist Deutschland bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von einer Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen. b) 850 Millionen Goldmark in Reichsbanknoten, die längstens innerhalb dreier Monate in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

8. Falls es dem Wunsch der Vereinigten Staaten von Amerika und der Alliierten entsprechen sollte, würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen.

9. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festlegung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird.

10. Deutschland würde bereit sein, für alle Arten von Kredit den Geldbesitzer in einer nach zu vereinbarenden Weise an öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

11. Mit der Annahme dieser Vorschläge erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken. Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei.

12. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter herabsetzt, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Aufgaben entlastet wird.

Diese Vorschläge sollen den freien Willen Deutschlands bezeugen, die Kriegsschäden bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu ertragen. Sowohl die angebotene Summe wie die Zahlungsmodalitäten richten sich nach dieser Leistungsfähigkeit. Soweit über ihre Beurteilung Meinungsverschiedenheiten bestehen sollten, empfiehlt die deutsche Regierung, sie durch eine allen beteiligten Regierungen gemeinsame Kommission anerkannter Sachverständiger prüfen zu lassen. Sie erklärt im voraus, ihre gutachtliche Entscheidung als bindend anzunehmen.

Sollte eine andere Form der Vorschläge nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten die weitere Behandlung der Angelegenheit erleichtern, so würde die deutsche Regierung bitten, daß sie auf die Punkte aufmerksam gemacht wird, in denen etwa der amerikanischen Regierung eine Veränderung wünschenswert erscheint. Auch würde die deutsche Regierung andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegennehmen.

Die deutsche Regierung ist zu tief davon überzeugt, daß der Friede und die Wohlfahrt der Welt von einer schleunigen gerechten und billigen Lösung der Reparationsfrage abhängen, um nicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Vereinigten Staaten in die Lage versetzt werden, die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf die Angelegenheit zu lenken. Berlin, 24. April 1921.

Die Erklärung Dr. Simons vor dem Reichstag

Berlin, den 27. April

Die deutschen Vorschläge, die zu treuen Händen des Präsidenten Harding gegeben sind, hat der Außenminister Simons nach mehrmaligem Aufschub dem deutschen Reichstag unterbreitet. Die Einzelheiten der deutschen Vorschläge in ihrer Gesamtwirkung haben im Reichstag eine allzu große Heberregung nicht hervorgerufen, weil man mit großen Zügen über sie bereits unterrichtet war. Der Außenminister Simons, der nicht das ist, was man einen Schönredner nennt, brachte die deutschen Vorschläge in seiner etwas kühl nüchtern anmutenden Weise dem Parlament zur Kenntnis und begründete im Anschluß daran im einzelnen den Standpunkt der Regierung sowohl zu der Frage der Aktion selbst als auch zu den einzelnen Vorschlägen. Der Reichstag nahm die Ausführungen Simons zunächst mit einer begreiflichen Zurückhaltung auf; weder Verfallsstundgebungen, noch solche des Mißfallens wurden laut, nur hier und da hörte man vereinzelte Zustimmung. Diese Zurückhaltung des Parlaments ist begreiflich, denn niemand ist in der Lage, die deutschen Vorschläge in ihrer Gesamtwirkung im Augenblick zu erfassen. Dazu wird es notwendig sein, daß die einzelnen Fraktionen des Reichstages Gelegenheit haben, sich in den Inhalt der deutschen Note und über die Auswirkung ihrer einzelnen Vorschläge zu vertiefen, um eine Stellungnahme zu finden. Aus diesem Grunde trat das Haus, dem Wunsch mehrerer Parteien entsprechend, nach der Rede Dr. Simons nicht in die Aussprache ein, sondern vertagte sich auf Mittwoch. In

zwischen werden die Fraktionen Gelegenheit haben, zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Breunig (Unabh.) erkundigt sich nach dem Verbleib der 4 1/2 Millionen, die dem Reichstagsminister für Fischzucht von Flügge vom Reichsverband für See- und Küstentischerei zur Unterstützung der aus dem Redde heimkehrenden Seefischer übergeben worden sind. Vom Regierungssitz wird geantwortet, der Reichsverband, der erst 1920 gegründet worden sei, habe niemals 4 1/2 Millionen für den in der Anfrage erwähnten Zweck aufgebracht. Abg. Künert (Unabh.) führt in einer Anfrage Beschwerde darüber, daß die Redakteure des „Reiger Volksboten“ verurteilt worden sind, weil sie von Klassenjustiz in den Fällen Marloh, v. Hiller und v. Weisel gesprochen haben. Ein Regierungsexperte verweist auf das Strafgesetz, das die Verurteilung rechtfertigt. In einer weiteren Anfrage wirft Abg. Künert (Unabh.) der Regierung vor, sie habe die kommunistischen Unruhen in Mitteldeutschland dadurch verschuldet, daß sie den deutschnationalen Erbschaftsbesitzern nicht rechtzeitig entgegengetreten sei. Oberst Ringer antwortet, die Verantwortung für den Zustand trage ausschließlich die kommunistischen Sever, nicht die deutschnationalen Presse.

Außenminister Simons

vertritt zunächst den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und geht sodann auf die Entschloßung der Reparationsfrage ein. Die Note, die in London bestand, war zu groß, um noch während der letzten Konferenz überbrückt werden zu können. Neue Verhandlungen wurden uns durch die Entente sehr erschwert. Aber es mußte ein Weg gefunden werden, um zu neuen Verhandlungen zu kommen.

Unser erster Plan, auf dem Wege der Einverständigen den Wiederaufbau in Frankreich zu betreiben, wobei nicht allzuviel deutsche Arbeiter nach Frankreich versandt werden sollten, hat sich nicht als glücklich erwiesen. Infolgedessen haben wir andere Vorschläge unterbreitet, die sich an die Erfahrungen anlehnen, die wir bei dem Wiederaufbau Südafrikas gemacht haben. Frankreich möchte das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, was durch natürlich der Wiederaufbau und sehr verteuert wird. Die Pläne der freien Gewerkschaften, die die Regierung in ihren Vorschlägen aufgenommen hat, können erst nach einer gewissen Verständigung mit den fremden Regierungen durchgeführt werden.

Der zweite große Gedanke, der uns leitete, war der Plan einer im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten internationalen Anleihe, die auch zugleich unserem eigenen Geldbedarf abdecken soll, daß ist zu diesem Zweck mit den Entente-regierungen neue Verhandlungen einleiten mußte, lautet ein. Eine Vereinbarung neutraler Regierungen habe ich nicht nachgesehen. Das hätte wäre es gewesen, mit Frankreich direkt zu verhandeln, aber was uns aus Frankreich entgegenstand, war nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines Schweizerischen Aufenthaltes auf das bekannte Interview eingelassen, um den Eindruck in Frankreich zu zerstreuen, als seien wir lediglich ein unwilliger Zahler. Wenn in dem Interview war nur der Tag über die Zugehörigkeit zum Kabinett. Dieser Bezug hat aber nicht auf das angebliche Kabinett, sondern auf ein beliebiges Kabinett der Zukunft. Somit schien der Weg über Amerika der beste. Eine neutrale Macht hat sich uns an, uns den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Bedenken angenommen.

Was die Indispositionen in der deutschen Presse anbelangt, die an Landesverrat grenzen, so habe ich bislang, um nicht etwa eine fremde Macht zu kompromittieren, von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen, werde jetzt aber entsprechende Schritte einleiten. Der Schritt der Amerika war gewiß ungeschicklich. Aber ein Staat, der sich selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am besten zum Schiedsrichter. Wir haben ja auch nicht Amerika selbst angezogen, sondern die Instanz der Gerechtigkeit. Ist das nun eine Würdlosigkeit? Die Gewichte selbst wird die Berechtigung meines Standpunktes anerkennen. Die Verantwortung war groß. Das Kabinett hat sie übernommen und ich will sie tragen. Nachdem nun Präsident Harding wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermittlung bereit gefunden hat, mußte auch der zweite Schritt getan werden. Bildung sind allerdings noch keine Rückfragen von amerikanischer Seite an und gelangt, was bei der Kürze der Zeit ja auch nicht wundernehmen kann. Redner begrüßt sodann den Inhalt der Note im einzelnen und geht insbesondere auf die Annuitäten ein, für die wir trotz der Schwankungen im Wirtschaftsleben noch eine feste Summe anbieten müßten, in die eventuell die Übernahme der amerikanischen Schulden der Entente eingezogen werden kann.

Nur durch finanzielle Kraftleistung können wir aus der traurigen Lage herauskommen, in der wir jetzt zu verkommen drohen. Deshalb wandten wir die internationale Anleihe, an der sich Deutschland selbst natürlich beteiligen wird. Was nun als Rest von Ententeforderungen bleibt, das ist mehr eine politische als eine technische Angelegenheit. Unser Nationalvermögen ist dahingelangt. Wir konnten daher auch der deutschen Produktion keine neuen Reize mehr anlegen. Alle Verschärfungen der deutschen Wirtschaft müssen fallen. Sollten wir uns überschätzen haben, so soll die Ziffer 4 der Note für eine Verzichtsmöglichkeit Vorsehe treffen. Redner geht sodann eingehend auf den Wiederaufbau Frankreichs ein. Unser Standpunkt, daß Deutschland alle seine Reparationsverpflichtungen bis 1921 in Höhe von 20 Milliarden Goldmark voll erfüllt habe, wird von der Entente nicht geteilt. Schon bei den Schiffen rechnet die Entente anders als wir. Wir bieten nun nochmals 1 Milliarde Goldmark für diesen

Pösten. Aber der Eingriff in unsere Reichsbank wäre ein Eingriff in die Privatrechte. Gegen diesen müssen wir Protest erheben.

Was wir also für das Reparationskonto geleistet haben, soll durch ein Schiedsgericht festgesetzt werden, ebenso sollen in allen Streitigen Fragen Sachverständige ihr Urteil abgeben. Redner warnt davor, übertriebene Hoffnungen auf die Annahme Amerikas zu setzen. Es werden noch viele Schwierigkeiten sich ergeben. Die Garantien, die in der Note erwähnt sind, sind abschließlich in ganz elastischer Form behandelt. Denn dieser Punkt wird voraussichtlich zu besonders eingehenden Verhandlungen führen. Unter dem Druck von Sanktionen läßt sich jedoch das Wirtschaftsleben nicht wieder von neuem in Gang bringen. Die Rückkehr zu den Vorkriegsmethoden würde der beste Weg zu einer Lösung sein, jedenfalls erheblich besser als die einseitigen Bestimmungen der Reparationskommission. Das Reparationsproblem ist nach den Bestimmungen des Versailler Friedens nicht lösbar. Man kann nicht ein Volk für die Schäden aller Völker bezahlen lassen. Leider lebten die Franzosen die Verknüpfung des Reparationsproblems mit dem Finanzproblem ab und doch ist dieser Weg der einzige, der zu einer Lösung führen kann. Nur eine allgemeine internationale Wirtschaftskonferenz wird die Schwierigkeiten aus der Welt schaffen.

Zur Schuldfrage meinte der Redner, daß es Aufgabe des Auswärtigen Amtes sei, den Boden zu bereiten für die geschichtliche Forschung. Im übrigen halte er sich an Lord Georges Worte, daß alle mehr oder weniger in den Krieg hineingekollert seien; das genüge ihm. Sollte aber die amerikanische Vermittlung fehlschlagen, sei er überzeugt, daß unser Volk auch darüber hinwegkomme und auch die Sanktionen ertragen werde. Und wenn wir 40 Jahre durch die Wüste gehen müssen, werden wir schließlich doch in das Land der Freiheit gelangen. (Probal)

Präsident Lösser teilt mit, zwei Fraktionen hätten den Wunsch geäußert, die Debatte zu verlagern. In der Abstimmung wird die Vertagung gegen die äußerste Linke beschlossen. Morgen mittag 1 Uhr Weiterberatung. Schluß 1/2 11/2.

Eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien

Berlin, 27. April. Die Regierungsparteien sind übereingekommen, in der heutigen Sitzung des Reichstages eine gemeinsame Erklärung abgeben zu lassen. Wahrscheinlich wird der vorkommende Abgeordnete Dr. Rieffer sprechen. Trotzdem aber werden die Redner der drei Koalitionsfraktionen in die Debatte einsteigen. Während in der gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht wird, daß die Regierung sich bei ihrer Aktion auch weiter auf die Koalitionsparteien stützen kann, werden die drei Einzelredner Kritik an der Regierung äußern, die in weiten Kreisen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten gegen den Reichsausschuss vorhanden sind, werden diese aber im Augenblick mit Rücksicht auf unsere auswärtige Politik zurückgestellt werden. Eine Antwort auf Amerika war, wie verlautet, im Laufe des gestrigen Abends bei den hiesigen amtlichen Stellen noch nicht eingetroffen.

Ein eigener Ausschuss für Bildungswesen im Reichstag

Die Zahl der ständigen Ausschüsse im Reichstag mehrte sich. In vielen Kreisen liegt heute bereits längst der eigentliche Schwerpunkt der Arbeit in den Ausschüssen und nicht mehr im Plenum. Auf Grund eines im März ergangenen Beschlusses der Vollversammlung ist nunmehr am 22. April ein eigener Ausschuss für Bildungswesen eingesetzt worden. Er besteht aus 21 Mitgliedern. Sein Vorsitzender ist der deutschnationale Abg. Dr. W. W. W., der stellvertretende Vorsitzende der demokratische Abg. Dr. W. W. W. Die Reizungskommission hat in diesem Ausschuss die Abg. Dr. W. W. W., W. W. W. und Dr. W. W. W. als Mitglieder ernannt.

Als erster Beratungsgegenstand liegt der im Plenum angenommene Antrag Dr. W. W. W. vor, das Schicksal der durch den Friedensvertrag zufällig gewordenen Adligen aufstellen in diesem Bildungsausschuss nachzuprüfen. Es ist nämlich angeregt worden, sie als bürgerliche Bildungsaufkäufer auf Kosten des Reiches für die Söhne von Kriegsbeschädigten, Auslandsrückkehrern, verdrängten Kinderheimkinder und auch für pädagogische Reformzwecke weiterzuführen. Dabei treten bemerkenswerte Unterschiede der Auffassung bei einzelnen Parteien hervor. Der Bildungsausschuss wird alle diese und weitere wichtige Schul- und Volkshilfsfragen demnächst zu lösen haben. Auch Fragen der Hochschulreform sind mehrfach an die Reichsregierung herangetragen. Schon jetzt zeigt die Einrichtung dieses Bildungsausschusses, wie stark kulturpolitische Fragen ihren Eingang in den Reichstag gefunden haben.

Tschechengefahr?

Schon wieder mal tauchen Gerüchte über eine beabsichtigte Befreiung der Grafschaft Glatz durch die Tschechoslowaken auf. Unter anderem lassen sich die „Böhmischen Neuesten Nachrichten“ und das „Berliner Tageblatt“ melden, daß von Nachod aus eine lebhaft agierende Bewegung im Glatzer Gebiet betrieben werde, die auf eine Loslösung der Grafschaft von Deutschland hinfiele. Die Agitation werde damit begründet, daß die meisten Gemeinden und Städte des Glatzer Gebietes eine angeblich slowakische Bevölkerung aufwies. In diesem Sinne wirkte auch ein tschechisch-nationaler Verein, der geheime Beziehungen mit den politischen Führern der tschechischen Republik unterhalte. Die reichsdeutsche Behörde habe in Glatz die von Tschechien aus gesonnenen geheimen Beziehungen aufgedeckt, worauf 17 Mitglieder des Tschechisierungsbundes nach Nachod geschickt seien. In Nachod sei jetzt ein Blatt gegründet, welches die Befreiung der Grafschaft Glatz durch die Tschechoslowaken betreibe.

Es ist eigenartig, so schreibt das „Reinerzener Stadtblatt“ (Nr. 33), wie Leute, welche weit vom Glatz fern, mehr wissen, als die Glatzstädter Bevölkerung selbst. In der ganzen Nachricht ist nämlich kein wahres Wort. Es muß besonders festgestellt werden, daß die Bevölkerung der Grafschaft Glatz urdeutsch von Geburt und von Gesinnung ist. Alle Städte und alle Gemeinden haben erst nach dem Jahre 1919, als vor dem Abschluß des Versailler Diktates eine gewisse Gefahr für die Grafschaft bestand, einmütig in eindrucksvollen Massenversammlungen erklärt, daß sie im Verbands des Deutschen Reiches bleiben wollen und unter keinen Umständen ein tschechisches Joch dulden würden. Die deutsche Art der Glatzstädter Bevölkerung und deren treue Anhänglichkeit an das Deutsche Reich wurde überdies noch von einer englischen Kommission festgestellt, welche ohne beherrschenden Anhang in der sogenannten böhmischen Glatz bei Tschereben zahlreiche Personen befragte, ob sie den Anschluß an die Tschechoslowaken wünschten. Jeder der Befragten hat damals einen solchen Gedanken mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Dieses machte auf die Engländer einen so tiefen Eindruck, als die Grafschaft nur in jener Glatz mit einer tschechischen Bevölkerung wohnen, während im übrigen das Glatzer Gebiet bekanntlich von Deutschen bewohnt ist. In diesem Sinne hat die Grafschaft Glatz schon im Jahre 1918 bis auf den heutigen Tag ihre Arbeit in der Grafschaft. Die Glasfabrikation ist in Böhmen so stark vertreten, wie kaum in einem anderen Lande Europas, so daß die böhmische Glasindustrie ausschließlich auf die Ausfuhr angewiesen ist. Von den ungefähr 60 000 Glas- und Schmelzöfen, welche ausschließlich die Glatz- und Sommerfriden unserer schönen Grafschaft befeuern und viele Millionen Mark ins Land bringen, stammen nicht 100 aus der Tschechoslowakei, die selbst genügend große Vorkäte besitzt. Wie das Glas- und Eisenbahnsystem der Grafschaft nach Böhmen-Schlesien geht, so ist auch dieses ganze Gebiet wirtschaftlich ausschließlich von Deutschland abhängig. Irreführende Verarmung würde deshalb das Los der schönen Grafschaft bei einem Anschluß an Böhmen sein. Und da wollen die Tschechen der Welt noch glauben machen, auch nur ein Teil der Glatzstädter Bevölkerung könne den Anschluß an Böhmen wünschen. Auch vom religiösen Standpunkte lehnt die weit überwiegend katholische Bevölkerung der Grafschaft eine tschechische Einverleibung energisch ab. Seit der Gründung jenes Einheitsstaates im Jahre 1918 bis auf den heutigen Tag sind die Prager Regierungen ausgesprochen kirchenfeindlich gewesen, jedoch einig in dem Bestreben, den Abfall von der katholischen Kirche und die Entartung der tschechischen Nationalität zu unterstützen. Sogar in dem böhmisch-tschechischen Grenzgebiet in der Nähe von Deutsch-Tschereben antwortet an der Pfarrkirche ein früher katholischer, jetzt verkehrterter hussitischer Pfarrer. Die katholische Bevölkerung bedauert sich für ein Staatswesen, in welchem ihrer heiligsten Güter so mit Füßen getreten werden, wie es seitens der Tschechoslowakischen Regierung der Fall ist. Schon die eigene staatsmännliche Klugheit sollte der Prager Regierung auch erst den Gedanken an eine Einverleibung der Grafschaft unmöglich machen, denn ein solches Drittel jenes Staates ist deutsch und steht in schärfster Opposition zu den tschechischen Bedrückern. Nicht einmal die Slowaken wollen etwas von ihren tschechischen „Vätern“ wissen, und werden mit Schmach auf den Tag, an welchem sie das tschechische Joch wieder abschütteln können. Außerdem hat die Tschechoslowakei nach namhafte Kinderarbeiten von Polen und Nachbarn, die sämtlich aus dem Staatsverbande

der Tschechoslowakei hinausstreben. Und dieses getreue Weib des früher von den Tschechen so gern verpöbelten „Oesterreichischen Reiches“ sollte noch Verlangen tragen nach der urdeutschen Grafschaft Glatz! Eine solche Verblendung durch Wehrmannsfrucht möchte man doch selbst den durch staatsmännische Klugheit allerdings kaum ausgezeichneten Nachkommen nicht zumuten. Die Tschechoslowakei ist von drei Seiten von Deutschland umgeben und wirtschaftlich absolut auf mindestens formale Beziehungen zum Deutschen Reich angewiesen. Sie wird sich deshalb einen Schritt, wie er vielleicht von tschechischen untreuen Vorkäuffern verlangt wird, wohl hundertmal überlegen. Ein Spaziergang würde jedenfalls ein Marsch durch die Grafschaft sein, das mögen sich die Herren Tschechen gesagt sein lassen. Alles in allem liegt kein Grund zur Beunruhigung vor; wie Glatzstädter gehen treulich und zum Erwerbe nach, hängen unerschütterlich treu an unseren deutschen Vaterlande und mag diesem auch noch so großes Leid bevorstehen.

Es konnte festgestellt werden, daß die Tschechen keine Vorbereitungen für einen etwaigen Einmarsch in die Grafschaft treffen. Diesbezügliche alarmierende Nachrichten sind vollständig aus der Luft gegriffen. Haben und brühen herrscht absolute Ruhe. Auch aus verschiedenen deutsch-böhmischen Bezirken wird berichtet, daß man sich gegen irgend welche tschechische Maßnahmen auf Gebiete des Deutschen Reiches schon seitens der Deutschböhmen energisch wehren werde. Aus Böhmen wird weiter gemeldet, daß Klammernachrichten seitens der Tschechen abgeschrieben in die Welt gesetzt würden, um Deutschland den französischen Forderungen gefällig zu machen.

Die amerikanische Vermittlung

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 27. April. Der amerikanische Kommissar in Berlin, Kommissar Drefel, ist gestern von seiner Pariser Reise wieder nach Berlin zurückgekehrt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Reise mit der amerikanischen Vermittlungaktion im Zusammenhang stand.

Der Abgabewirwar

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Köln, 27. April. Nach der kurzen Befreiung der Westfront am zweiten Holttage haben sich die Verhältnisse im besetzten Gebiet wieder normalisiert. Bei Düsseldorf waren über 300 Waggons, im Mäurer Bezirk ist die Zahl der unabhelfertigen Waggons auf 5000 angewachsen. Im plötzlichen, badien und heffischen Güterverkehr nimmt die Verwirrung zu. Auf allen Stationen herrscht die größte Verwirrung, da sich weder die fremden noch die deutschen Zollbeamten in den Bestimmungen ausfinden, und die vor- und nachgelieferten Gütern unzureichend sind. Seitens der Eisenbahndirektion wurden weitere Beschränkungen des Güterverkehrs angeordnet.

Zum Goldauslieferungsverlangen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 27. April. Wie von informierten Kreisen verlautet, stellt die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß eine offizielle Antwort auf die Forderung der Reparationskommission, daß bis zum 30. April eine Milliarde Goldmark in die Kasse der Bank von Frankreich abgeliefert werden müssen, nicht zu erfolgen habe, weil dieses Verlangen durch das in der Note an Amerika enthaltene Anerbieten der Zahlung von einer Milliarde Goldmark gegenstandslos geworden sei.

Französische Stimmen über Sythie

Paris, 26. April. Wie Echo de Paris mitteilt, erklärte gestern abend Ministerpräsident Briand nach Schluß des Ministerrates, die Verhandlungen mit Lloyd George seien die denkbar betrieblichsten gewesen. Er persönlich sei sehr zufrieden.

Über die Verhandlungen von Sythie sagt Figaro, es sei sehr begrifflich, daß Lloyd George über die liberale Opposition und die der Arbeiter beunruhigt sei; aber bei so ersten Angelegenheiten wie denen, die in Sythie behandelt worden seien, müßten die Sorge der inneren Politik an zweiter Stelle stehen.

Kautskis sagt, Lloyd George ist, obwohl er die Verdrängung des französischen Standpunktes und die Notwendigkeit, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen, einlebe, gewissermaßen die Meinung seiner politischen Gegner in Rechnung zu stellen, auch die passivsten Stempel der britischen Demagogen. Unklarheitserwecke merke man aus allen ziemlich verlegenen Berichten, die aus Sythie kämen, daß die britischen Alliierten oder wenigstens ihre ermächtigen Vertreter sich nach dem Zentrum der Sythie, der Simon und ihre politischen Agenten beunruhigen ließen. Sie weigerten sich sicher nicht, Frankreich das Ruhrgebiet besetzen zu lassen, aber sie gäben mit einer beharrlichen Beharrlichkeit kund, welche Abneigung diese Zwangsmaßnahmen ihnen einflößten.

Populaire stellt auch fest, daß die offiziellen Berichte genügend verlesen seien, um über das aufgefährt zu werden, was man sofort parat nenne. Wie das Blatt vorausgesetzt habe, sei die öffentliche Meinung in England den Sanktionen auszusprechen sehr unwillig. Der ganze Hochismus sei ihnen widerwärtig.

Der Schimmelreiter

Von Theodor Storm

(Schluß)

Ein komischeres Aufsehen zu seinen Füßen weckte ihn aus diesen Träumen; der Schimmel wollte nicht mehr vorwärts. Was war das? — Das Pferd sprang zurück, und er fühlte es, ein Dackelhäufchen fuhr vor ihm in die Tiefe. Er ritz die Augen auf und schüttelte alles Sonnen von sich; er hielt am alten Weich, der Schimmel hatte mit den Vorderhufen schon darauf gestanden. Unwillkürlich ritz er das Pferd zurück; da lag der letzte Wolfenmantel von dem Mond, und das milde Gestirn beleuchtete den Graus, der schäumend, zischend vor ihm in die Tiefe stürzte, in den alten Kooq hinab.

Wie sinnlos starrte Hauke darauf hin; eine Sündflut war es, um Tiere und Menschen zu verschlingen. Da blinnte ihm wieder der Lichtschein in die Augen, es war derselbe, den er vorher gemaht hatte, noch immer brannte der auf seiner Wange; und als er jetzt ermutigt in den Kooq hinabfuhr, gewahrte er wohl, daß hinter dem fimmerwährenden Strudel, der tosend vor ihm hinabstürzte, nur noch eine Breite von etwa hundert Schritten überflutet war; dahinter konnte er deutlich den Weg erkennen, der vom Kooq heranzuführte. Er sah noch mehr: ein Wagen, nein, eine zweirädrige Karre, die kam wie toll gegen den Weich heranzufahren; ein Weib, ja auch ein Kind saßen darin. Und jetzt — war das nicht das treischnende Weib eines kleinen Hundes, das im Sturm vorüberfuhr? Unmächtiger Gott! Sein Weib, sein Kind waren es; schon kamen sie dicht heran, und die schäumende Wasserwasse drännte auf sie zu. Ein Schrei, ein Verzweiflungsschrei brach aus der Brust des Reiters: „Gott! Gott! Gott! Gott! Gott!“

Aber Sturm und Meer waren nicht barmherzig, ihr Toben gewachte seine Worte; nur seinen Mantel hatte der Sturm erfasst, es hätte ihn bald vom Weich herabgerissen, und das Fieberflog ohne Aufenthalt der stürzenden Flut entgegen. Da sah er, daß das Weib wie gegen ihn hinauf die Arme streckte; Gatte sie ihn erkannt? Sollte die Sehnsucht, die Todesangst um ihn sie aus dem sicheren Hause getrieben? Und jetzt — rief sie ein letztes Wort ihm zu? — Die Fragen wurden durch sein Dün; sie blieben ohne Antwort; von ihr zu ihm, von ihm zu ihr waren die Worte alle verloren, nur ein Brausen wie vom

Wellenuntergange füllte ihre Ohren und ließ keinen anderen Laut hören.

„Mein Kind! O Gott, o getreue Elfe!“ schrie Hauke in den Sturm hinaus. Da sank auf neue ein großes Stück des Daches vor ihm in die Tiefe, und donnernd stürzte das Meer sich hinterdrein! Noch einmal sah er drunten den Kopf des Pferdes, die Räder des Gefährtes aus dem wüsten Grauel emporragen und dann quirlend darin untergehen. Die starren Augen des Reiters, der so einsam auf dem Weich hielt, sahen weiter nichts. „Das Ende!“ sprach er leise vor sich hin; dann ritt er an den Abgrund, wo unter ihm die Wasser, unheimlich rauschend, sein Gemätsdorf zu überfluten begannen; noch immer sah er das Licht von seinem Hause schimmern; es war ihm wie entsetzt. Er richtete sich hoch auf und stieß dem Schimmel die Sporen in die Weichen; das Tier bäumte sich, es hätte sich fast überschlagen, aber die Kraft des Mannes drückte es herunter. „Vorwärts!“ rief er noch einmal, wie er es so oft zum letzten Mal gerufen hatte: „Gott, Gott, nimm mich; verschone die anderen!“

Nach ein Sporenstich; ein Schrei des Schimmels, der Sturm und Wellenbrausen überschrie, dann unten aus dem hinabstürzenden Strome ein dumpfer Fall, ein kurzer Kampf.

Der Mond sah leuchtend aus der Höhe; aber unten auf dem Weich war kein Leben mehr, als nur die wilden Wasser, die bald den alten Kooq fast völlig überflutet hatten. Noch immer aber rante die Werke von Hauke Hainns Hoffart aus dem Schwall hervor, noch schimmerte von dort der Lichtschein, und von der Weich her, wo die Dänter allmählich dunkel wurden, warf noch die einsame Leuchte aus dem Ruckturn ihre zitternden Lichtfunken über die schwimmenden Wellen.

Der Erzähler schweig; ich greif nach dem gefüllten Glase, das seit lange vor mir stand; aber ich fühlte es nicht zum Trinken; meine Hand blieb auf dem Tische ruhen.

„Das ist die Geschichte von Hauke Hainns“, begann mein Weib nach einem, wie ich sie nach bestem Wissen nur berichten konnte. Freilich, die Weichsdänter unseres Weichgrafens würde sie Ihnen anders erzählt haben, denn auch das weiß man zu berichten; jenes weiche Pferdgerippe ist nach der Art wiederum, wie vormals im Mondschein auf Jenerstallung zu sehen gewesen; das ganze Dorf will es gesehen haben. — So viel ist sicher: Hauke Hainns mit Weib und Kind ging unter in dieser Flut; nicht einmal ihre Grabstätte haben sie draben auf dem Kirchhofe finden können; die toten Körper wurden von dem abströmenden

Wasser durch den Bruch ins Meer hinausgetrieben und müßten auf dessen Grunde allmählich in die Unbestandteile aufgelöst sein — so haben sie Ruhe vor den Menschen gehabt. Aber der Hauke Hainns-Weich steht noch jetzt nach hundert Jahren, und wenn Sie morgen nach der Stadt reiten und die halbe Stunde Umweg nicht scheuen wollen, so werden Sie ihn unter den Hufen Ihres Pferdes haben.

Der Dank, den einstmals Jene Kammer bei den Entsch seinem Erbauer versprochen hatte, ist, wie Sie gesehen haben, ausgeblieben; denn so ist es, Herr: dem Sokrates gaben sie ein Gift zu trinken, und unseren Herrn Christen schlugen sie ans Kreuz! Das geht in den letzten Zeiten nicht mehr so leicht; aber einen Gewaltmächtigen oder einen bösen Sternendämon Pfaffen zum Heiligen, oder einen tüchtigen Keul, nur weil er uns um Kopfeshänge überwachen war, zum Spul und Nachtspens zu machen — das geht noch alle Tage.“

Als das ernsthaftes Männlein das gesagt hatte, stand es auf und horchte nach draußen. „Es ist dort etwas anders geworden“, sagte er und zog die Wuldecke vom Fenster, es war heller Mondschein. „Seht nur“, fuhr er fort, „dort kommen die Gewaltmächtigen zurück; aber sie gerstrenen sich, sie gehen nach Hauke; draben am anderen Ufer muß ein Bruch geschehen sein; das Wasser ist geflossen.“

Ich blinnte neben ihm hinaus; die Fenster hier oben lagen über dem Rand des Weichs; es war, wie er gesagt hatte. Ich nahm mein Glas und trank den Rest: „Haben Sie Dank für diesen Wein?“ sagte ich, „ich denke, wir können ruhig schlafen.“

„Das können wir“, entgegnete der kleine Herr, „ich wünsche von Herzen ein wohlgeschlafene Nacht!“

Beim Hinabgehen traf ich unten auf dem Fluß den Weichgrafens; er wollte noch eine Karte, die er in der Schenkstube gelassen hatte, mit nach Hauke nehmen. „Alles vorüber!“ sagte er. „Aber unser Schulmeister hat Ihnen wohl schon was weiß gemacht; er gehört zu den Aufklärern!“

„Er scheint ein verständiger Mann!“

„Ja, ja, gewiß; aber Sie können Ihren eigenen Augen doch nicht misstrauen; und draben an der anderen Seite, ich sagte es ja voran, ist der Weich gebrochen!“

Ich zuckte die Achseln: „Das muß beschlafen werden!“

„Gute Nacht, Herr Weichgraf!“

Am anderen Morgen, beim goldensten Sonnensichte, das über einer weiten Bewälfung aufgegangen war, ritt ich über den Hauke-Hainns-Weich zur Stadt hinunter.

E n d e .

Erneute Hege Briands

Paris, 26. April. In der heutigen Kammer Sitzung gab der Ministerpräsident Briand eine Erklärung ab, in der er sagte: Ich habe in Sythie dem ersten englischen Minister die Absichten der französischen Regierung angedeutet, die Haltung Deutschlands zur Kenntnis gebracht und habe ihm die Maßnahmen mitgeteilt, die in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht von uns festgelegt worden sind. Ich muß erklären, daß die Unterhaltungen in Sythie nicht offiziell waren, weil unsere Alliierten nicht daran teilgenommen haben. Sie haben die betriebligsten Ergebnisse gezeigt. Im Grundriss waren wir einig. Wir sind übereingekommen, vor dem 1. Mai d. J. eine Konferenz einzuberufen, die angesichts der Schwierigkeiten in der innerpolitischen Lage Englands in London stattfinden wird. Unsere Lage Deutschlands gegenüber ist klar. Deutschland ist hinsichtlich der Verpflichtungen, die ihm aus dem Vertrage von Versailles obliegen, im Verzuge, besonders was die Sicherheitsfrage, die Frage der Bestrafung der Kriegsschuldigen und schließlich was die Reparation, d. h. die Zahlungen anbelangt, zu denen sich Deutschland durch Unterfertigung verpflichtet hat. Nach dieser Richtung hin ist Deutschland in Vankrot. Die Reparationskommission hat ihre Arbeit abgebrochen. Sie hat die Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten gekappt und ist zum Entschluß gekommen, daß Deutschland nicht 20 Milliarden, sondern 8 Milliarden bezahlt hat. Deutschland hat die Heberführung des Goldes der Reichsbank verweigert. Deutschland hat sich an die Tschecho-Slowakei, an die Schweiz und nach Rom gewandt. Es wurde zurückgewiesen. Schließlich hat es die Vereinigten Staaten von Amerika in der bekannten Weise angerufen. Wir kennen die Vorkläge nicht. Wir stellen nur fest, daß Deutschland sich nicht mehr an die Alliierten wendet. Es weiß in der Tat, daß wir guten Grund haben, an seinem guten Willen zu zweifeln. Es weiß auch, daß wenn es sich an uns direkt mit dem Verlangen nach neuen Verhandlungen gewandt hätte, wir ihm antwortet hätten: Keine Worte mehr, keine Verhandlungen, keine Verhandlungen! Aber um Verhandlungen, die Deutschland wünscht, anzuknüpfen, wendet sich Deutschland an das Land, das unser ganzes Vertrauen, unsere ganze Freundschaft hat, auf dessen Loyalität wir bauen und für das wir tiefe Dankbarkeit empfinden.

Ich habe volles Vertrauen in die Loyalität und den scharfen Blick der Vereinigten Staaten. Sie haben nur zu viel Grund gegeben, nicht an ihnen zu zweifeln und sicher zu sein, daß auch angesichts dieser Demarche die Realisierung der Vereinigten Staaten nur eine Antikrise ergreifen werde, die konform mit unseren Interessen geht. Wir haben für den Verfall aller Dispositionen ergreifen. (Woh. Vorkläge im ganzen Hause.) Wir sind bereit zu einer raschen und wirksamen Handlung entsprechend den Gefühlen, denen ich hier Ausdruck geben habe. Wir haben als treuer Alliieter gehandelt. Der nicht unternehmen will, ehe er seine Verbindungen gekappt hat. Am 30. April werden die Verbindungen zusammenbrechen. Dann werden sie die Arbeiten unserer Sachverständigen zu prüfen haben und die Maßnahmen, die wir für unerlässlich gehalten haben. Frankreich nimmt nicht irgendein Mittel zu herabsetzen seine Anstalt. Es tut dies nur, gezwungen durch den schlechten Willen seines Schuldners, um ihn zu zwingen, seiner Unterfertigung Ehre zu erweisen. Es will auch nicht dem Lande schwere Lasten auferlegen. Es greift zu diesem Mittel, nachdem alle anderen erschöpft waren. Diese Mittel werden ein moralisches und ein materielles Ergebnis haben. Das materielle bezieht man, wenn man die deutsche Presse liest, und wenn man weiß, daß man es mit einer schwachen Regierung zu tun hat, die nicht über alle Verhandlungsmöglichkeiten verfügt. Die Großindustrie, die Großfinanz, die die Zeitungen besitzt, leidet nach Briands Ansicht, die deutsche Politik. Briand ist der Ansicht, daß wenn diese Kreise über die wirkliche Lage unterrichtet sein würden, man einen Schritt zur Ausführung des Vertrages weitergekommen sei.

Bei den deutschen Vorklägen wird es wohl heißen: Sicherheiten. Darauf haben wir mehr als jeder anderer Anrecht. Wir befinden uns in der Notwendigkeit, für unsere eigene Sicherheit selbst sorgen zu müssen, denn wir haben mit Deutschland eine gemeinsame Grenze. Wir wissen durch den Ton der Presse, daß Deutschland sich weigert, unter dem Vorbehalt der Einwirkung die Entlastung vorzunehmen und warum Deutschland sich geweigert hat, die militärischen Organisationen nach Ablauf der Fristen aufzulösen, denn das kann die Lage im Westen ändern. Die Entlohnung hängt nicht von finanziellen Möglichkeiten ab, sondern lediglich vom guten Willen. Briand spricht davon, daß Deutschland seine Maßnahmen getroffen habe, um die fälligen Zahlungen zu leisten. Alles das muß Ende April in Betracht gezogen werden, und er sei sicher, daß er bei den Alliierten nicht die geringsten Schwierigkeiten feststellen werde, wenn es sich darum handle, den Franzosen die Mittel zu geben, die sich bezahlt machen, eine Sicherheit zu gewährleisten. Im Vertrauen darauf werde die Regierung zu den Verhandlungen am 30. April gehen. Unter den gegenwärtigen Umständen werde er sich nach den Aufstellungen richten, die er gegeben habe, und er hoffe, daß die Kammer der Regierung das Vertrauen nicht entziehen werde.

Tarbleu beehrte auf sofortiger Debatte, worauf die Regierung die Vertagung auf einen späteren Zeitpunkt verlangte und die Vertagungstrage stellte. Der verlangte Ausschuss wird mit 424 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Kammer tritt darauf in die vorgeschriebene Tagesordnung ein.

Briands neue Reise

Paris, 26. April. Der Ministerpräsident Briand wird sich am Freitag zu den Sitzungen des Obersten Rates nach London begeben. Marshall Hoch und General Beignand begleiten ihn. Am Freitag abend folgt ihnen Finanzminister Loumer.

Paris, 26. April. Seydoux ist heute vormittag nach London abgereist, um sich dort mit Loucheur zu treffen. Loucheur und Seydoux, welche von mehreren Mitarbeitern begleitet sind, werden die englischen Sachverständigen über die Einzelheiten des französischen Planes zu einem wirtschaftlichen und militärischen Vorschau im Ruhrgebiet unterrichten. Briand empfing heute vormittag den englischen Botschafter Grafen Bonin Langara.

Zum deutschen Angebot

London, 26. April. Das Reutersche Bureau meldet: Es erscheint sicher, daß der Oberste Rat am nächsten Sonnabend in London und nicht in Paris zusammentreten werde. "Morning Post" meldet aus Washington, daß die alliierten Regierungen und nicht die Vereinigten Staaten entscheiden würden, ob die neuen deutschen Reparationsentscheidungen eine geeignete Grundlage für die Wiederaufnahme von Verhandlungen bilden. Sowohl Harding wie Hughes seien entschlossen, sich in keiner Weise von Deutschland zum Verhandlungsbeginn zu lassen.

"Daily Telegraph" führt weiter aus: Die britische Regierung betrachte die Frage der 800 Millionen Pfund Sterling, die am 1. Mai fällig seien, als untergeordnet. Sie bereitete an ihn nicht dazu, unmittelbar nach dem festgelegten Zeitpunkte Zwangsmaßnahmen in Kraft treten zu lassen, wenn Deutschland in der Zwischenzeit ein befriedigendes Angebot auf der allgemeinen Grundlinie des Pariser Abkommens gemacht habe. Loucheurs Projekt einer internationalen Kontrolle und Ausbeutung, das nach Loucheurs Schätzung jährlich 250 bis 300 Millionen Pfund Sterling einbringen sollte, sei bei den Beratungen von Lympe vollständig fallen gelassen worden. Unter dem einfachen System, das jetzt die Zustimmung finde, seien vorzuziehen: 1. eine Kohlensteuer, 2. eine Ausfuhrsteuer, 3. eine Beteiligung an dem Gewinn der deutschen Industrie. Dabei würden die jährlichen Einnahmen etwa 150 Millionen Pfund Sterling betragen. Derselben seien jedoch die Verpflegungskosten in Höhe von etwa 60 Millionen Pfund Sterling abzugleichen.

Lloyd George über Sythie

Paris, 26. April. Nach einer Havasmeldung aus London erklärte Lloyd George im Unterhause u. a.: Bei den Besprechungen in Lympe habe Ministerpräsident Briand versprochen, der englischen Regierung neue detaillierte Informationen bezüglich der Art der französischen Pläne und Vorschläge zu übermitteln. Nach Prüfung derselben, wärend der Delegation, die das Kabinett auf der Konferenz der alliierten Mächte vertreten werden, Instruktionen erteilt werden. Die Konferenz sei für Sonnabend einberufen worden und solle darüber entscheiden, welche neuen Maßnahmen zwecks Durchführung der Bestimmungen des Versailles Vertrages ergriffen werden sollen. Er glaube zu wissen, daß die deutsche Regierung neue Vorschläge ausarbeite. Wenn diese nicht befriedigend sein würden, werde die englische Regierung auf der nächsten Konferenz Frankreich bei seinen Vorklägen bezüglich Befreiung des Kohlengebietes von Westfalen unterstützen.

"Echo de Paris" meldet, man glaube, daß die Tagung des Obersten Rates in London fünf bis sechs Tage im Anspruch nehmen werde. Es werde nicht angenommen, daß Ministerpräsident Briand vor der Tagung des Obersten Rates in der Kammer eine Erklärung abgeben werde. Die französische Regierung hat als Sachverständige Minister Loucheur und Ministerialdirektor Seydoux bestimmt. Unter Loucheur hat sich bereits gestern Abend nach London begeben.

Ertragreiche Humanität

London, 26. April. Chamberlain brachte im Unterhause das Budget ein. Er führte u. a. aus: Im Laufe der beiden letzten Jahre haben wir unsere auswärtige Schuld um 203 Millionen Pfund Sterling vermindert. Das ist ein Ergebnis, das kein anderes kriegsführendes Land erzielt hat. Die Gesamtansgaben für das Finanzjahr 1921/22 belaufen sich auf 974 023 000 Pfund Sterling. Die ordentlichen Einnahmen werden auf 1 058 150 000 Pfund Sterling geschätzt. Nach dem Vorschlage wird sich also im kommenden Haushaltsjahr ein Überschuss der Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben von 81 127 000 Pfund Sterling ergeben. Zusammenfassend sagte der Redner, England habe einen großen Teil seiner auswärtigen Schulden liquidiert, seinen internationalen Kredit wiederhergestellt und bewiesen, daß es in stande sei, seine kollektive Position als erstes Finanzzentrum der Welt zu behaupten. Es quillt beglückwünschende Chamberlain und verlangte, die Regierung solle möglichst rasche Erparnisse durchführen. Sie solle sich ferner in keine philanthropischen oder kriegerischen Abenteuer einlassen, ohne sicher zu sein, daß diese Abenteuer ertragreich im strengsten Sinne des Wortes wären.

Enalische Kohlenkrise

(Eigener Drahtbericht der "Säch. Volkszeitung") London, 27. April. Daily News berichtet, es sei Tatsache, daß England, welches bisher das Land gewesen ist, das die Welt mit Kohlen versorgte, heute gezwungen ist, Kohlen einzuführen. Seit den letzten zwei Wochen treffen täglich große Kohlenmengen aus Frankreich, Belgien, Amerika und Deutschland in englischen Häfen ein. Besonders die deutsche Kohle beginnt sich als konkurrenzstark bemerkbar zu machen, weil der Preis sich um die Hälfte billiger stellt, als für die englische Kohle.

Zur Tiroler Abstimmung

Wien, 26. April. Aus Innsbruck wird berichtet: Der italienische Konsul führte heute beim Landesobermann Schraffl wegen der gestrigen Kundgebungen vor dem italienischen Konsulat, Pöschelwede. Der Landesobermann verwies auf die ungeheure Erregung der Bevölkerung wegen des blutigen Attentats in Vogen und auf die zum Schutze der Italiener in Innsbruck getroffenen Vorkehrungen. Die Ruhe wurde heute nicht gestört. Für die Abendstunden wurden die betriebligen Maßnahmen verstärkt.

Rom, 25. April. Zu dem Zwischenfall in Vogen meldet die "Agenzia Stefani": Die Regierung hat angeordnet, daß alle Teilnehmer an dem Uebelthate verhaftet werden und daß eine sehr strenge Untersuchung eingeleitet wird. Die "Innsbrucker Nachrichten" melden aus Vogen: Von den 22 Schwerverletzten sind vier gestorben. Die Unruhen haben sich Montag früh erneuert.

Tagung des Reichsverkehrsbeirates

(Eigener Drahtbericht der "Säch. Volkszeitung") Berlin, 27. April. Anlässlich der Tagung des Reichsverkehrsbeirates des Reichspostministeriums fand gestern Abend beim Minister Bieders ein Vortrag über neuzeitliche Technik im Fernsprechtverkehr statt, an dem als Zuhörer u. a. der Reichspräsident und der Reichslandtagspräsident teilnahmen. An den Vortrag schloß sich ein Zusammenkommen in den Räumen des Ministers, wobei den Teilnehmern die drahtlose Übertragung von Nachrichten und Fernschreiben vorgeführt wurde.

Wieder ein deutscher Städtetag

(Eigener Drahtbericht der "Säch. Volkszeitung") Berlin, 27. April. Der Deutsche Städtetag beschließt in diesem Jahre wieder eine allgemeine Mitgliederversammlung abzuhalten. Sie soll in Stuttgart am 29. und 30. Juni stattfinden.

Sächsischer Landtag

Dresden, den 27. April

Präsident Grubdorff eröffnet die Sitzung um 1 Uhr und gibt bekannt, daß der Vorstand die Vorlage über den Verfassung und Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungsanstalt, der dem Landtage zugegangen sei, zur Überweisung an den Haushaltsausschuss Vorschläge. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Zum Kapitel 2a des Nachtrages zum ordentlichen Haushaltspläne, betreffend die sächsischen Staatstheater, erklärt der Abg. Zellisch (Soz.) als Berichterstatter: Es sei eine sehr schwierige Aufgabe gewesen für den Haushaltsausschuss, die sehr erheblichen Ausgaben zu bewilligen für Kulturzwecke in einer Zeit, wo das Volk um das tägliche Brot zu kämpfen habe. Der Gedanke an die Schaffung einer Volkshöhne habe den Ausschlag für die Bewilligung der Gelder gegeben. Da viele Teile der Juitrit zum Theater durch die ungeheuren Eintrittspreise verwehrt sei, müsse eine Pädagogische Schöpfung werden, die es auch dem ärmsten Teile der Bevölkerung ermöglicht, sich an der Kunst zu erfreuen. Ob der jetzige Leiter der richtigen Mann an der richtigen Stelle sei, solle jetzt dahingestellt sein, denn jetzt sei nicht der geeignete Moment, darüber zu verhandeln, da die Verhandlungen des Staates mit der Stadt Dresden über die Hebernahme von 25 Prozent der Kosten noch schweben. Das künstlerische Personal dürfe nicht als Staatsbeamte fest gebunden werden, sondern es müßte ihnen die vollste Freiheit gewahrt werden, was nur durch eine Vertragsverpflichtung ermöglicht werde.

Was die Russkulturführungen in der katholischen Kirche betreffen, so habe sich das Bedenken bemerkbar gemacht, daß durch den Anschluß dieser Kulturführungen an den Gottesdienst nur der Ruf einer Religionsgemeinschaft gefördert werde. Es wäre auch zur Ablehnung dieses Etats gekommen, wenn nicht die Heberzeugung sich Bahn gebrochen hätte, daß es unmöglich sei, daß diese Kultur frei von einem bestimmten Ruf ausgeführt werden könne. Erleichterung werde dadurch geschafft, daß diese Kulturführungen unentgeltlich seien, so daß jedermann Gehör geboten sei, dieselben anzuhören.

Abg. Hiller (Dem.): Die sächsischen Landesbeamten haben vor einer Kritik, die nicht hinwegzuführen sei. Es habe den

Anschein, als ob sich in künstlerischer Hinsicht eine Verbesserung notwendig mache. Es scheint, ob viele, berufen oder unberufen, bei der Leitung der Theater mitreden wollten. Das Kultusministerium habe viele Kräfte eingestellt, ohne sich mit dem Leiter in Verbindung zu setzen. Wenn schon ein Leiter bestellt sei, müsse ihm auch freie Hand gelassen werden. Die Kritiker müßten einen freundlicheren Ton einschlagen. Ein Volkshochschule, die man zu gründen beabsichtige, solle den Namen staatliche Hochschule erhalten. Dies sei eine Verletzung und eine Benachteiligung der anderen Schulen.

Abg. Tzinger (Unabh.): Er hoffe, daß die Kritiker nicht so verständnislos seien, wie der Abg. Hiller. Die Kunst müsse auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Wenn man die Kunst immer höher treibe und immer mehr Mittel beschaffe, würde es dem Volke überhaupt unmöglich, die Kunststätten zu besuchen. Die Aufwandsgehälter für die Kulturführungen in der katholischen Kirche müsse er ablehnen, da doch nur der religiöse Kult dadurch zu halten versucht würde. Wer Klänge, würde auch bezahlen, wenn er sich dadurch einen Aufschwung zu verschaffen glaube. (Die kunstverständigen) Worte des Redners rufen im Hause die größte Heiterkeit hervor.)

Das Kapitel 2a, Absatz a, betreffend die Staatstheater wird einstimmig, Absatz b, betreffend die Kulturführungen in der katholischen Kirche gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, der Vorlage über den Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der Gemeindevorsteher und die Regelung damit im Zusammenhang stehender Angelegenheiten erklärt der Minister Lipinski: Die Vorlage sei von dem Gedanken getragen, so zu arbeiten in den Gemeinden, wie es deren Wohl erfordere. Daß die Gemeindevorsteher alle drei Jahre gewählt werden sollten, habe seinen Grund darin, daß man nicht die Gemeindevorsteher aller vier Jahre stattfinden lassen, mehrere große Wahlen in einem Jahre stattfinden würden, was den Gemeinden außerordentliche Kosten und Arbeit aufbürden würde. Die Regierung könne auch nicht den Wünschen der einzelnen Gemeinden Rechnung tragen und bestimmen, daß ein einjähriger Aufenthalt am Orte erst zur Wahl berechtigt, für sie sei maßgebend, daß die Wahlberechtigung nur das Wohnen in der Gemeinde erforderlich mache.

Abg. Häfsmann (D. Vp.): Die Gemeinden müssen es für eine Zurücksetzung ansehen, daß ihre Wünsche so übergangen werden. Eine dreijährige Erneuerung der Wahlen habe er für zweckmäßig. Den Gemeinden müßte mehr Spielraum gelassen werden. Es sprächen sehr wichtige Gründe dagegen, die Wahlen an einem Tage stattfinden zu lassen. Sie würden dann politisch ausgefacht und das habe große Nachteile für das Gemeinwohl. Nach § 11 sollten auch in den Gemeinden im November wieder Kommunalwahlen stattfinden, was die Wahlen bereits erfolgt. Das hätte große finanzielle Nachteile zur Folge, worauf man Rücksicht nehmen müsse. Man dürfe der Uniformität zuliebe keine Neuerungen schaffen. Er beantrage, die Vorlage dem Reichsausschuss zur eingehenden Beratung zu überweisen.

Abg. Bauer (deutschl.): Es sei die höchste Zeit, daß Versammlungen vorgenommen würden. Es sei doch sicher, daß die Zusammenlegung der Gemeindevorsteher nicht mehr dem Volkswillen entspreche. Seine Partei verzeite den Standpunkt, daß die Wähler mindestens ein Jahr am Orte wohnen müssen. Die Dreijahreserneuerung von früher habe sich gut bewährt, weil immer ein Stamm geblieben sei. Es müßte nun mindestens eine Halbperiode eintreten. Wenn die Wahlen aller vier Jahre stattfinden würden, könnte aller zwei Jahre die Halbperiode eintreten. Der Bürger könne nur dort seiner Wahlpflicht genügen, wo er keine Steuern bezahle.

Abg. Müller (Soz.): Seine Partei sei der Auffassung, daß keine Veranlassung bestehe, an den alten Einrichtungen festzuhalten. Es müsse befreit werden, was sich nicht bewährt habe.

Abg. Reichmann (Unabh.) stimmt für allgemeinen der Vorlage zu.

Abg. Ellrabi (Soz.): Das Wahlrecht solle nur denen zufließen, die nützliche Arbeit leisten für die Allgemeinheit. Seine Partei sei nicht damit einverstanden, daß der, welcher die bürgerlichen Ehrenrechte verloren habe, von der Wahl ausgeschlossen werde. Durch die Sondergerichte seien ehrliche Menschen unwürdig behandelt worden. Seine Partei könne die Sondergerichte nicht anerkennen und auch nicht, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte die Beteiligung an der Wahl ausschließe.

Abg. Dr. Dehne (Dem.): Wenn die Kommunisten beurteilen müßten, wer ein nützliches Mitglied der Allgemeinheit sei, würden Leute in den Gemeindevorstellungen sein, die dem Volke nicht nützlich wären. Eine Aufschuboffensive sei notwendig. Wer ständig die Titulatur des Professorats verlange, habe kein Recht, den zu beurteilen, der einen Klassenwahlrecht den Vorzug gegeben habe. Seine Partei sei der Ansicht, daß es eine notwendige Folge der Verhältnisse sei, Neuerungen zu schaffen für die Wahlen. Er könne nicht einsehen, warum nicht auch in den Gemeinden die vierjährige Wahlperiode eingeführt werde. Die Vorlage wird schließlich einstimmig dem Reichsausschuss überwiesen.

Schluss der Sitzung halb 4 Uhr.

Der Uebergang der sächsischen Wasserstraßen aufs Reich

wird in einer jetzt dem sächsischen Landtag vorgelegenen Vorlage geregelt. Sie enthält den bekannten zwischen dem Reich und den Ländern abgeschlossenen Staatsvertrag. In der Begründung wird bemerkt, daß die Verkehrsstraßen in Dresden und Aue bereits mit den Eisenbahnen am 1. April 1920 aufs Reich übergegangen sind. Sachsen besitzt nur etwa rund 1 Prozent aller deutschen Wasserstraßen. Es hätte daher kein Interesse an einer hohen Entschädigung durch das Reich, weil dann die sächsischen Steuerzahler diese hohe Entschädigung in unverhältnismäßig großem Umfang durch Beitrag zu erhöhten Reichsteuern hätten aufbringen müssen. Der Anteil Sachsens an Gesamtsteuereinnahmen im Reich ist mehr als zwölfmal so groß, wie sein Anteil an den Wasserstraßen. Sachsen hat daher auf Einschränkung der Zahl der zu übernehmenden Wasserstraßen hingewirkt, weiter darauf, daß dem Verlangen einiger Länder, die begonnenen Bauten der Jahre 1920/21 in vollem Umfang zu veranlassen, nicht entsprochen wurde. Die Entschädigung beträgt vielmehr 30 Prozent des Anlagekapitals der letzten 100 Jahre. Wasserkräfte sollen im allgemeinen von den Ländern enteignet werden. Die Entschädigung, die Sachsen erhält, wird, wie wir erfahren, nur wenige Millionen Mark betragen.

Der deutschnationale Abgeordnete Vietzsch-Burg hat im Landtag folgende Anfrage eingebracht:

Welche Beweggründe hat die sächsische Regierung dazu geführt, entgegen dem von dem Herrn Ministerpräsidenten, damaligen Kultusminister Post, am 22. Februar 1919 in einer Versammlung in Dresden gegebenen Versprechen, vor allen wichtigen Maßnahmen auf kulturellem Gebiete in der Verfassung des Reiches der sächsischen Werten einzuhalten, einen Vertrag mit dem Reich zu schließen, welcher den Anforderungen der sächsischen Werten in keiner Weise entspricht? Ist die Regierung bereit, diese Aufstellung rückgängig zu machen?

Die Anfrage war den Abgeordneten bis heute vormittag noch nicht zugegangen. Es ist daher nicht ersichtlich, ob es sich um eine sogenannte kurze Anfrage oder um eine Interpellation mit Aussprache handelt. Sollte das letztere der Fall sein, so wird sich ein öffentliches Verlangen, die deutschnationale Agitation in diesem

Wolle zu beleuchten und zu der ganzen Frage prinzipiell Stellung zu nehmen. Wir wollen uns daher für heute mit diesem Hinweis begnügen, glauben aber sehr wohl zu können, daß eine solche Aussprache sehr viel zur Reinigung der Atmosphäre beitragen wird, die von gewissen deutsch-nationalen Kreisen in dieser Angelegenheit geschaffen worden ist.

Ein Besoldungsausschuss im sächsischen Landtage ist aus Mitgliedern der Hausbesitzervereine A und B gebildet worden. Wie wir hören, gehören ihm folgende Abgeordnete an: Wagner, Börner (Deutschnat.), Anders, Schiffmann (D. Vp.), Claus (Dem.), Langhorst, Reilisch, Winkler (Soz.), Schnirch, Sachse (Unabh.) und Scheller (Kom.) Der Besoldungsausschuss soll die verschiedenen neuen Besoldungsvorlagen, die dem Landtag zugegangen sind, durchberaten und dadurch die Hausbesitzervereine A und B entlasten.

Nachrichten aus Sachsen

Papierpreise. Das Landespreisamt ist auf Grund seiner Erörterungsergebnisse in der Papierindustrie zu der Ansicht gelangt, daß teilweise eine Senkung der Erzeugerpreise möglich sei, und ist in diesem Sinne beim Reichswirtschaftsministerium Berlin vorstellig geworden.

Leipzig. In der auf Antrag der drei Leipziger Angestelltenverbände stattgefundenen Sitzung mit dem Verbands der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig wurde nach längerer Beratung ein Schiedsspruch gefällt, über die strittigen Punkte in dem zwischen dem Verbands der Metallindustriellen und den Organisationen der Angestelltenvereine neu abzuschließenden Tarifverträge. Die Parteien haben dem Schiedungsausschuss bis zum 3. Mai schriftlich zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Innerhalb weiterer zwei Wochen kann für den Fall, daß eine der Parteien den Schiedsspruch nicht anerkennt, dessen Verbindlichkeitsklärung durch den Denominationskommissar beantragt werden.

Muscheln bei Grimma. Ein Meteorstein wurde im Wermdorfer Forstrevier beim Zusammenstoßen von Waldstücken gefunden. Von ihm waren mehrere Teile abgeplattet. Das daneben befindliche Waldgras war vollständig verengt und auch die Befestigung der Steine, die ansehnend erhaltend und von dunkler Farbe sind und die zusammen etwa 7 Pfund wiegen, lassen mit ziemlicher Sicherheit vermuten, daß es sich einen Meteorstein handelt, der bei einem Sternschnuppenfall hier gelandet ist.

Freiberg. Einen Karstein in der Gegend des Freiburger Bergbaues bedeckte der letzte Freitag. Die letzte Bergbau treibende Gewerkschaft der Bergreviere Freiberg ließ am 22. d. M. ihr Bergbaurecht und ihre Grundstücke an die offene Handelsgesellschaft Jugendbureau „Ers“, Eingewand und Wahn in Dresden, auf. Im Jahre 1741 begründet, hat die Gewerkschaft „Alte Hoffnung Gottes“ zu Kleinwiesenthal den Wechsel der Zeit geteilt. Mit allem, was notat, angefaßt, haben die Käufer das Wagnis übernommen, den alternden Freiburger Bergbau mit neuem Leben zu erfüllen.

Milchau. Durch Zwangseinquartierung sind hier 52 Wohnungen beschafft worden. Mehrere Willenbesitzer haben auf ihren Grundstücken Wohnungen bauen lassen; ferner haben dortige Kräfte 1 Million Mark für Wohnungsbauten in Aussicht gestellt. 650.000 M. sind schon fest zugesichert worden.

Wobesitz. Der Bau einer elektrischen Bahn Falkenstein-Wobesitz kann nach einer Mitteilung in der Generalversammlung der enormen Kosten wegen (15 Millionen Mark) zurück als ausgeschlossen gelten.

Rittau. Eine Oberlausitzer Woche wird hier in der Zeit vom 19. bis 29. Juni abgehalten, bei der mehrere großartige angelegte Unternehmungen, u. a. eine textiltechnische Ausstellung in der oberen Weichsel, veranstaltet werden. Zu dieser für die gesamte Textilindustrie der Oberlausitz so bedeutenden Sonderveranstaltung macht sich schon jetzt das lebhafteste Interesse kund. Mehrere 50 einschlägige Firmen werden zeigen, mit welchen Apparaten, Maschinen und Werkzeugen die Textil-

industrie schafft, und es steht zu erwarten, daß nur das Neueste und Beste vertreten sein wird.

Annaberg. Der Kleinwohnungsbau wird hier nach Kräften gefördert. In diesem Jahre konnten bereits 24 neue Wohnungen beschafft werden.

Aus Dresden

Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege hat ihre zahlreiche Gemeinde nach dem Vereinshaus gerufen, wo Ludwig Flehner vom hiesigen Centraltheater die altbekannte Dichtung „Gott und Arden“ von Tennyson vollständig frei aus dem Gedächtnis zum Vortrag brachte. Wenn die Dichtung selbst auch heute verblüfft ist, so versteht sie doch ihre Wirkung nicht, zumal wenn sie so ausgezeichnet wiedergegeben wird, wie dies Flehner tat, der in dem langen, reichlich zwei Stunden dauernden Vortrag, auch nicht bei einem Worte stockte oder unentschieden wurde. Er erntete reichen Beifall, den er mit kameramuffiger Gleichgültigkeit, welcher am Flügel die melodramatische Begleitmusik von Richard Strauß lauter angeklungen hatte.

Die Ortsgruppe Dresden des Bundes der Auslandsdeutschen veranstaltet am Dienstag den 3. Mai, abends halb 7 Uhr, im großen Saale des städtischen Ausstellungspalastes ein Kauenballfest zum Beise ihrer Unterstufungskasse. Unter den künstlerischen Darbietungen sind besonders hervorzuheben mehrere Vorträge des Herrn Georg Müller-Heim, Violinist des Kammermusikvereins Johannes Stieglitz, Gesangsbeiträge von Frau Elja Lindner, Konzertfängerin aus Petersburg und Solotänze der bekannten Frau Kolbe mit Herrn Bartisch. Auch die Tanzfolge verspricht Lieberausungen durch Kammermusik, moderne und russische Tänze. Vorverkauf: Reichengraustraße, Heinrich Edders, Kaiserstraße und Geschäftsstelle der Ortsgruppe Kaiser Straße 11.

Hundsteuer. Die den Beitragspflichtigen durch besondere Aufstellungen bekannt gemachten Hundsteuer-Beträge für das Rechnungsjahr 1921 sind bis zum 30. April 1921 zu bezahlen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Jein. Auch in Jein und Umgebung findet der Volksverein für das katholische Deutschland freundliche Aufnahme. So wurde in Thesien bei Jein eine Ortsgruppe von 70 Mitgliedern errichtet, in Jipendorf zählt eine solche auch schon 60 Mitglieder. Eine in Jein abgehaltene Versammlung bewies den Zusammenhalt dieser Gemeinden, die fast vollständig erschienen waren. Herr Lehrer Henke aus Rositz, dem vor allem die Bewegung für den Volksverein für das katholische Deutschland zu verdanken ist, behandelte in einstündiger Rede „Katholizismus und Weltanschauung“. Die viel feiner Ausführungen veranlaßte viele Zuhörer zu dem Wunsche, baldiges Wiederkommen. Also auch in der roten Erde schwarze Punkte, die geschlummert haben und mit Mahnung und Aufmunterung erwachen.

Kunst und Wissenschaft

Operntheater. (Neueinstudierung im Schauspielhaus: Der Herr Senator). Lustspiel von Schönlank und Adelburg. Gestern abend welche Positivität! Sonderbar: früher konnte man sich nicht genug ereifern über diese Art Unterhaltung. Und heute ist man beinahe froh, der angenehmen Abwechslung wegen. Dazu kommt die Aussicht, vom Ensemble unserer Schauspielhaus bei solchen Ausflügen ins Literarische etwas Besonders vorgefetzt zu erhalten. Sie wurde auch zur Tatfache, diese Aussicht. Schon Müllers Senator allein lohnt den Besuch. Die Darstellung dieses geschicklichen, von der Wichtigkeit seines Amtes voll erfüllten Mandatyranten gelangt wenigen Schauspielern so vorzüglich. Meiners Schwelgerjohn, dieses Altid selbstgeschaffenen Kammerer, und Wieberth eleganten und formlosen Dr. Gehring dazu: man erlebt ein Rechenate drei Spielstunden, das selbst ein auf höchem Tadel stehender Kunstschaffler mit Freude wird gene-

hen können. Alice Herben ist glänzend als feine Patrizierin und recht hübsch als erwachte, junge Gattin. Sie illustriert mit starken Strichen Gehrigs Rhythmion-Ergänzung. Weniger einbringlich erschien mir die Schaffer, deren Badfischum nicht ganz glaubhaft war. Die Diacono, die Dagny und Paracht nahmen sich der kleinen Rollen sehr liebevoll an. Das Publikum geriet in sehr fröhliche Stimmung.

Sport

Voraussetzungen

Karlshorst, 28. April, 8 Uhr nachm. 1. Leopoldus, Volksmacht; 2. Oceana, Corjar; 3. Schloßkönigin, Jasjoha; 4. Fa presto, Marc Anton; 5. Ist gemacht, Riccio; 6. Kattisch, Nubiola; 7. Wella-donna, Rusekman.

Geschäftliches

Was sind Nerven? Der Arzt zuckt die Achsel; die Unergeblichkeit des Leidenden wird gequält; der Leidende selbst hat den besten Willen, sich aufzuraffen — ihm fehlt ja nichts — aber dann kommt wieder das Fieber und Weisheit der Nerven — man ist machtlos. Es ist etwas geheimnisvolles, Unverstehliches in diesem Zustand! Man weiß das erst recht zu beurteilen, wenn man von der Nervenqual mit allen ihren Begleitererscheinungen durch Wohlmutts elektro-galvanischen Apparate Marke „Geweiss“ befreit ist. Ebenso werden aber auch rein körperliche Leiden, wie Nerven, Mithuna usw. durch den elektro-galvanischen Strom geheilt, oft gänzlich beseitigt. Jeder Mensch und jede Familie sollte Wohlmutts elektro-galvanischen Apparat kennen lernen. (Druckschriften kostenlos durch G. Wohlmutts u. Co., A.-G., Dresden-St., Bürgerweide 22 (Haus Dianabad).

Salzheringe aus Reichsbeständen für 80—80 Bfg. pro Stück. Wir verweisen auf das Inserat der Reichsfischverforgung G. m. b. H. im Anzeigenteil unseres Blattes.

Verantwortlich: Für den reaktionellen Teil: Friedrich Koring; für den Inzeratenteil: Peter Schrader. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei“ G. m. b. H. zu Dresden.

Dresdner Kurse vom 27. April 1921

Table with columns for Deutsche Staatspapiere, Brauerei-Aktien, Bank-Aktion, and Verschiedene Industrie-Aktien. Includes items like Reichsanleihe, Jürgens, Herta Kulmbacher, etc.

Einladung zur Jahreshauptversammlung des Landes-Älternrates Sonntag den 8. Mai 1921 vormittags 11 Uhr in Dresden, Mühlentorstraße 4 (Kath. Gefellenhaus). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Reichstagsabgeordneten Meineländer; 2. Geschäftliches (Statutenberatung, Stand der Schulfrage, Bezirks-einstellung Sachsen, Mitteilungen und Anträge); 3. Rentwahl des Vorsitzenden.

Fü-Li Fürstenhof-Lichtspiele Dresden-Joh., Striesener Straße 32. Ab Dienstag den 26. bis 28. April Albert Bassermann in Die Nächte des Cornells Brouwer Drama in 5 Akten. Der verflixte Aberglaube Reizendes Lustspiel in 2 Akten. Nürnberger Brunnen Herrliche Naturaufnahme. Während der Pausen Musikeinlagen.

Vergnügungspalast Täglich abends 1/8 Uhr: Kleinkunsthöhne. Jede Nummer ein Schlager! Ab 16 April neues Programm mit der lustigen Posse: So jung und schon... Dresden-Striesen: Fledermaus Schandauer Straße 11. Restaurant Kronprinz Rudolph Dresden - Altstadt, Schreibergasse 12. Ausschank von ff. Rizzibräu, hell und dunkel. Inhaber J. Wenninger und Frau.

Englisch: Die hochoriginelle, urkomische Zwerg-Oper Tymians Thalia-Anfang Theater 1/8 Uhr. „Lohengrin“ — „Tannhäuser“ — „Troubadour“ Alle Parodien von Dir. Winter Tymian. Sonntags zwei Vorstellungen: 1/4 und 1/8 Uhr 1719.

Suche für meine 14-j. Tochter, gute Handschrift, flotte Rechnerin, etwas Steno-Lehrstelle. Großh. in Kontor. Beste Off. unter R. N. 311* an die Geschäftsstelle b. H. erdelen. 881. Endlich wieder da! Ein Pfund Salmiak-Terpantin-Borax-Seifenpulver. Metallbetten, 2251. Stahldrahmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelabrik, Suhl i. Thür.

Billige Salzheringe. Nach Räumung alter Bestände können nunmehr durch den Kleinhandel unsere billigen Sorten zu 25 bis 40 Pf. das Stück an das Publikum abgegeben werden. Ferner sind jetzt durch uns ca. 50000 Fasz vorzüglicher holländischer Heringe in den Handel gebracht, welche an das Publikum zu 50 bis 70 Pf. das Stück durch den Kleinhandel abgegeben werden können. Man verlange unsere vollwertige Ware in den einschlägigen Geschäften. Bei Abnahme von mindestens 83 Fasz kann direkt von der Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Französischer Straße 14, bezogen werden. Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft Berlin. Reichsfischverforgung G. m. b. H. & I. S.

Wer nimmt an Kindesstatt eines kräftigen gefunden einjährig-er Knaben gegen Gotteslobn oder geringe Entschädigung an? Off. unter „S. S. 123“ postlagernd Dresden 16. 878. Zimmer 838 für Studierende werden in Leipzig noch benötigt. Rasterklängen schließt in 24 Std., St. 15 A, Ras.-Mess., Messor, Scheren pp. schnell u. bill. Elektr. Kunst.-Schleiferi nur Dresden-A., Grunser Str. 22. In Boxkalf u. Chevreau, schwarz u. farbig, Rindbox, antike Möbelleder, Sohlen- u. Sattlerleder offeriert und gerbt in Loh Lederfabrik Adolf Lorenz, Löbau i. Sa. 799.